



tirol

79. Jahrgang / März 2006

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|---|--|
| 13. <i>Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal</i> | 17. <i>Gebühren nichtamtlicher Sachverständiger</i> |
| 14. <i>Gemeinde-Abgabenertragsanteile
Jänner bis März 2006 und Zwischenabrechnung 2005</i> | 18. <i>Ist eine Wegdienstbarkeit
eine rechtlich gesicherte Zufahrt?</i> |
| 15. <i>Verknüpfung der Gemeinde-Adressverortung
mit Daten aus dem lokalen Melderegister</i> | 19. <i>Revision des Verbraucherpreisindex und
des Harmonisierten Verbraucherpreisindex 2005
Verbraucherpreisindex für Jänner 2006
(vorläufiges Ergebnis)</i> |
| 16. <i>Vom Handelsgesetzbuch
zum Unternehmensgesetzbuch</i> | |

13.

Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal

In der Budgetplanung 2006 des Gemeindeausgleichsfonds wurden für den Verwendungszweck „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ drei Millionen Euro reserviert. Die Bedarfszuweisungen sollen jenen Gemeinden zugute kommen, die trotz zumutbarer Gebühren nicht in der Lage sind, den Gebührenhaushalt Kanal auszugleichen.

Die Bedarfszuweisungen werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Die Gemeinde hat angemessene einmalige und laufende Gebühren vorzuschreiben. Maßgeblich sind die Gebührensätze im Jahr 2005. In diesem Jahr sind € 4,39 inkl. Umsatzsteuer je m³ Baumasse bzw. 13,17 m³ je m² Bruttogeschossfläche an einmaligen bzw. bis zum ersten Ablesezeitpunkt € 1,685 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler und ab dem ersten Ablesezeitpunkt € 1,72 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vorzuschreiben. Werden verlorene Zuschüsse gewährt, die die Kanalgebührenbelastung für einzelne Gebührenpflichtige im Ergebnis auf weniger als die Mindestgebühren vermindern, so sind „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ nicht möglich. Als Nachweis sind Auszüge aus den Niederschriften über die einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderates und Ablichtungen von deren Kundmachung an der Gemeinde-Amtstafel anzuschließen.

2. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, den Gebührenhaushalt Kanal durch zumutbare einmalige und lau-

fende Gebühren auszugleichen. Als zumutbare einmalige Gebühren gelten die unter Punkt 1 genannten Gebühren. Als zumutbare laufende Gebühren gelten € 2,18 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler. Als Nachweis sind ein Auszug aus der Niederschrift über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2005 durch den Gemeinderat, der auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habende Teil des Rechnungsabschlusses und weitere Kalkulationen anzuschließen. Den weiteren Kalkulationen muss insbesondere der durch die Gemeinde über laufende Gebühren verrechenbare Wasserbezug in m³, im Fall von Mindestgebühren einschließlich einer entsprechenden Korrektur, zu entnehmen sein.

3. Der Antrag ist schriftlich, der auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habende Teil des Rechnungsabschlusses mit dem den gesamten Rechnungsabschluss enthaltenden Datenträger nach Möglichkeit im Weg der automationsunterstützten Datenübertragung, längstens bis 15. April 2005 der Abteilung Gemeindeangelegenheiten vorzulegen.

In der Folge ist folgende weitere Vorgangsweise vorgesehen:

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten hat den Antrag inhaltlich zu prüfen und nach Tunlichkeit bis Ende Juni 2006 einen Verteilungsvorschlag vorzulegen. Sollte dabei mit dem eingangs vorgesehenen Betrag nicht das Auslangen gefunden werden können, sind die Bedarfszuweisungen im Verhältnis der Finanzkraft II der Gemeinden 2006 zu kürzen und aufzuteilen.

14.

Gemeinde-Abgabenertragsanteile Jänner bis März 2006 und Zwischenabrechnung 2005

Ertragsanteile an	Jänner-März		Differenz	Änderung
	2005	2006		
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	8.466.886	6.818.778	-1.648.108	-19,47
Lohnsteuer	43.551.979	40.184.033	-3.367.946	-7,73
Kapitalertragsteuer I	2.476.624	1.396.070	-1.080.554	-43,63
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	1.618.785	1.185.213	-433.572	-26,78
Körperschaftsteuer	11.383.163	7.470.792	-3.912.371	-34,37
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0	338.086	338.086	0,00
Bodenwertabgabe	159.090	139.973	-19.118	-12,02
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	67.656.528	57.532.945	-10.123.584	-14,96
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer*	53.073.505	45.899.247	-7.174.258	-13,52
Abgabe von alkoholischen Getränken	315	539	224	70,91
Tabaksteuer	0	3.263.121	3.263.121	0,00
Biersteuer	857.969	452.317	-405.652	-47,28
Mineralölsteuer	1.958.935	8.520.047	6.561.112	334,93
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	547.122	319.160	-227.962	-41,67
Weinsteuer	2	0	-2	-100,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	87.713	2.255	-85.458	-97,43
Kapitalverkehrsteuern	0	127.965	127.965	0,00
Werbeabgabe	933.634	994.393	60.760	6,51
Energieabgabe	0	2.464.633	2.464.633	0,00
Normverbrauchsabgabe	0	1.036.674	1.036.674	0,00
Grunderwerbsteuer	12.620.593	15.129.133	2.508.541	19,88
Versicherungssteuer	0	1.950.229	1.950.229	0,00
Motorbezogene Versicherungssteuer	0	1.614.570	1.614.570	0,00
KFZ-Steuer	0	301.577	301.577	0,00
Konzessionsabgabe	0	504.082	504.082	0,00
Summe sonstige Steuern	70.079.788	82.579.943	12.500.155	17,84
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- und Vermögenst. und sonstigen Steuern	137.736.316	140.112.888	2.376.572	1,73
Kunstförderungsbeitrag	0	34.902	34.902	0,00
Summe ohne Zwischenabrechnung	137.736.316	140.147.790	2.411.473	1,75
Zwischenabrechnung**	4.836.689	193.658	-4.643.031	-96,00
G E S A M T	142.573.005	140.341.448	-2.231.558	-1,57
<i>*davon Getränkesteuerausgleich</i>	<i>12.106.036</i>	<i>13.463.973</i>	<i>1.357.937</i>	<i>11,22</i>
<i>**davon Getränkesteuerausgleich</i>	<i>677.254</i>	<i>703.825</i>	<i>26.571</i>	<i>3,92</i>
<i>Summe</i>	<i>12.783.290</i>	<i>14.167.798</i>	<i>1.384.508</i>	<i>10,83</i>

Mit BGBl.Nr.301/2005 vom 14. September 2005 wurden die Prozentsätze für die Verteilung der Ertragsanteile neu geregelt (einheitliche Schlüssel), sodass ein Vergleich der einzelnen Steuerarten mit Ausnahme der Bodenwertabgabe, der Werbeabgabe und der Grunderwerbsteuer keine Aussagekraft besitzt.

Die geringe Zwischenabrechnung hat u.a. ihre Ursache in der Tarifreform bei der Lohnsteuer, die ab Jänner 2005 voll wirksam wurde. Für die Ertragsanteilevorschüsse der Gemeinden für die Monate Jänner und Februar 2005 bildet das Lohnsteuereinkommen der Monate November und Dezember 2004 die Berechnungsbasis. Für diesen Zeitraum galt jedoch noch das alte Lohnsteuertarifsystem. Als weiterer Grund ist die Einführung neuer gemeinschaftlicher Bundesabgaben und die unterjährige (ab September 2005) Umstellung auf einen einheitlichen Schlüssel, die die Ertragsanteilevorschüsse im Jahr 2005 erhöht hat, anzusehen.

15.

Verknüpfung der Gemeinde-Adressverortung mit Daten aus dem lokalen Melderegister

In einer Gemeinde steht zur Diskussion, die Gemeindeadressverortung mit Daten aus dem lokalen Melderegister dergestalt zu verknüpfen, dass über eine Adress-Suchfunktion im Internet sowohl das entsprechende Objekt mittels Orthofoto als auch der Familienname der Bewohner dieses Objektes angezeigt werden.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht wird zu diesem Vorhaben wie folgt Stellung genommen:

Gemäß der Verfassungsbestimmung des § 1 Abs. 1 Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000), BGBl. I Nr. 165/1999, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 13/2005, hat jedermann, insbesondere auch im Hinblick auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, Anspruch auf Geheimhaltung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten, soweit ein schutzwürdiges Interesse daran besteht. Das Bestehen eines solchen Interesses ist ausgeschlossen, wenn Daten infolge ihrer allgemeinen Verfügbarkeit oder wegen ihrer mangelnden Rückführbarkeit auf den Betroffenen einem Geheimhaltungsanspruch nicht zugänglich sind.

Soweit die Verwendung von personenbezogenen Daten nicht im lebenswichtigen Interesse des Betroffenen oder mit seiner Zustimmung erfolgt, sind nach § 1 Abs. 2 leg. cit. Beschränkungen des Anspruchs auf Geheimhaltung nur zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen zulässig, und zwar bei Eingriffen einer staatlichen Behörde nur aufgrund von Gesetzen, die aus den im Art. 8 Abs. 2 EMRK genannten Gründen notwendig sind.

Vor diesem Hintergrund ist zu prüfen, ob es sich bei den Daten aus dem Melderegister – so wie bei den Informationen der öffentlichen Register Grundbuch und Firmenbuch (vgl. für viele K211.593/0011-DSK/2005 und VwSlg. 13721 A/1992) – um „allgemein verfügbare“ Daten im Sinn des Grundrechtes auf Datenschutz handelt. Entscheidende Bedeutung ist dabei dem Melderegister 1991 (MeldeG), BGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 151/2004, beizumessen, welches in seinem § 18 Abs. 1 bestimmt:

„Die Meldebehörde hat auf Verlangen gegen Nachweis der Identität Auskunft zu erteilen, ob und zutreffendenfalls wo innerhalb des Bundesgebietes ein eindeutig bestimmbarer Mensch angemeldet ist. Scheint der gesuchte Mensch nicht als angemeldet auf oder besteht in Bezug auf ihn eine Auskunftssperre, so hat die Auskunft der Meldebehörde zu lauten: „Es liegen über den/die Gesuchte(n)

keine Daten für eine Meldeauskunft vor.“ Können die Angaben dessen, der das Verlangen gestellt hat, nicht nur einem Gemeldeten zugeordnet werden, hat die Auskunft der Meldebehörde zu lauten: „Aufgrund der Angaben zur Identität ist der Gesuchte nicht eindeutig bestimmbar; es kann keine Auskunft erteilt werden.“

Im Weg einer Abfrage entweder über das lokale Melderegister (vgl. § 14 Abs. 1 MeldeG: *„Die Meldebehörden haben die Meldedaten aller bei ihnen angemeldeten Menschen einschließlich der zugehörigen Abmeldungen evident zu halten [lokales Melderegister]“*) oder über das zentrale Melderegister – einem Informationsverbundsystem der Meldebehörden, welches Meldedaten aus sämtlichen lokalen Melderegistern zusammenführt, kann somit jedermann Meldeauskunft verlangen. Das MeldeG konkretisiert hierzu in seinem § 16 Abs. 1:

„Das zentrale Melderegister ist insofern ein öffentliches Register, als der Hauptwohnsitz eines Menschen oder jener Wohnsitz, an dem dieser Mensch zuletzt mit Hauptwohnsitz gemeldet war, abgefragt werden kann, wenn der Anfragende den Menschen durch Vor- und Familiennamen sowie zumindest ein weiteres Merkmal, wie etwa das wirtschaftsbereichsspezifische Personenkennzeichen (§ 14 des E-Government-Gesetzes), Geburtsdatum, Geburtsort oder einen bisherigen Wohnsitz, im Hinblick auf alle im ZMR verarbeiteten Gesamtdatensätze eindeutig bestimmen kann.“

Aus den zitierten Bestimmungen folgt zunächst, dass konkrete Anfragen – sowohl über das lokale als auch über das zentrale Melderegister – nur dann zum Ziel führen, wenn die betroffenen Personen eindeutig von den Anfragenden bestimmt werden. Während aber die Abfrage beim zentralen Register zumindest drei Identitätsmerkmale (jedenfalls Vor- und Familienname sowie beispielsweise das Geburtsdatum) des Betroffenen erfordert, setzt das lokale Register „nur“ dessen eindeutige Bestimmbarkeit voraus, was in der Praxis – wie das Beispiel eines Betroffenen mit ungewöhnlichem Nachnamen zeigt – durchaus Konsequenzen haben kann. Ist der Betroffene nämlich schon durch dieses Merkmal eindeutig bestimmbar, so kann sein Wohnsitz zwar über das lokale Melderegister, nicht aber auch über das zentrale Melderegister abgefragt werden, da hierfür zwingend mindestens drei Merkmale bezeichnet werden müssen. Auf die Beurteilung des gegenständlichen Sachverhaltes vermag diese Diskrepanz, die auf den erhöhten daten-

schutzrechtlichen Anforderungen an ein Informationsverbundsystem beruht, allerdings keinen Einfluss zu üben.

Wesentlich ist vielmehr, dass den Anfragenden bei Meldeauskünften nach den §§ 16 und 18 MeldeG von vornherein nur eine **Abfragevariante** zur Verfügung steht. Gegenstand einer Meldeauskunft kann nämlich nur der Ort der **Anmeldung** (Haupt- und/oder Nebenwohnsitz) im Fall des lokalen Melderegisters bzw. der **Hauptwohnsitz** im Fall des zentralen Melderegisters sein, weshalb auch nur diese Datensätze von jedermann ohne Nachweis eines rechtlichen oder persönlichen Interesses aus den Melderegistern abfragbar und demzufolge auch allgemein zugänglich sind.

Abfragevarianten die jedermann zustehen und eine andere als die beschriebene Zugriffsmöglichkeit auf die Daten in den Melderegistern ermöglichen, sind im MeldeG nicht vorgesehen. Eine „Umkehr“ in dem Sinn, dass der Anfragende eine bestimmte Adresse bzw. einen potentiellen Hauptwohnsitz bezeichnet und die Meldebehörde daraufhin jene Personen namentlich bekannt gibt, die in einem der Melderegister hauptwohnsitzrechtlich (zentrales Melderegister) oder auch nebenwohnsitzrechtlich (lokales Melderegister) unter dieser Adresse gemeldet sind, ist daher **unzulässig**.

Der Datensatz „Familienname“ ist somit weder im lokalen noch im zentralen Melderegister allgemein verfügbar.

Ergebnis:

- Eine Internet-Adress-Suchfunktion, welche das Abfragen von Familiennamen aus dem lokalen (oder auch dem zentralen) Melderegister ermöglichen soll, findet im Meldegesetz 1991 keine Deckung, woraus folgt, dass der in den Melderegistern verarbeitete Datensatz „Familienname“ auch nicht allgemein verfügbar im Sinn der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist.
- Weil Privatpersonen die Veröffentlichung ihrer personenbezogenen Daten im Internet erfahrungsgemäß kritisch sehen, ist prinzipiell vom Vorliegen schutzwürdiger Interessen bzw. eines Geheimhaltungsanspruches auszugehen.
- Auch wenn es sich bei der beabsichtigten Datenverwendung um eine Serviceleistung der Gemeinde handeln dürfte, muss sie als Eingriff einer staatlichen Behörde in das Grundrecht auf Datenschutz gemäß § 1 Abs. 2 DSG 2000 qualifiziert werden.
- Da für diese Datenverwendung keine gesetzliche Grundlage besteht, kommt als mögliche Rechtsgrundlage für diesen Eingriff nur die schriftliche **Zustimmung** der Betroffenen im Sinn der §§ 1 Abs. 2, 4 Z. 14 und 8 Abs. 1 Z. 2 DSG 2000, in Betracht.

Abt. Verwaltungsorganisation und Personalmanagement,
Sachgebiet Verwaltungsentwicklung,
Zahl VEntw-DS-1/60, vom 6. März 2006

16.

Vom Handelsgesetzbuch zum Unternehmensgesetzbuch

Nach mehr als zweijährigen Vorarbeiten wurde im September 2005 das Handelsrechts-Änderungsgesetz im Parlament beschlossen und mittlerweile auch schon veröffentlicht (BGBl. I Nr. 120/2005 vom 27. Oktober 2005). Die darin enthaltenen Änderungen treten überwiegend erst mit 1. Jänner 2007 in Kraft. Es besteht somit ausreichend Zeit, sich auf die geänderte Rechtslage einzustellen. Die für die Praxis wichtigsten Änderungen sind:

- Das Handelsgesetzbuch wird künftig Unternehmensgesetzbuch heißen.
- Im Firmenbuch eingetragene Unternehmer müssen künftig den Zusatz „eingetragener Unternehmer“ oder die Abkürzung „e. U.“ führen. Die entsprechende Änderung der Firma ist bei bereits eingetragenen Einzelunternehmen bis 1. Jänner 2010 im Firmenbuch einzutragen.

• Künftig gibt es nur mehr zwei im Firmenbuch eingetragene Personengesellschaftsformen, und zwar die Offene Gesellschaft (OG; früher OHG) und die Kommanditgesellschaft (KG).

- Eine OEG oder KEG kann nur mehr bis zum 31. Dezember 2006 gegründet werden. Eine am 1. Jänner 2007 bestehende OEG oder KEG wird automatisch zur OG bzw. KG und muss bis zum 1. Jänner 2010 ihren Rechtsformzusatz im Firmenwortlaut entsprechend abändern.

• Für eine bestehende OHG sieht das Gesetz keine Anpassung des Firmenwortlautes vor.

- Eine OG, KG oder ein eingetragener Unternehmer ist künftig nicht wie bisher generell buchführungspflichtig, sondern erst ab Überschreiten bestimmter Umsatzgrenzen. Das UGB sieht vor, dass alle Unter-

nehmer, die im abgelaufenen Geschäftsjahr mehr als 600.000 Euro Umsatz erzielt haben, bereits ab dem folgenden Geschäftsjahr zur Buchführung verpflichtet sind. Liegt der Umsatz zwei Geschäftsjahre lang über 400.000 Euro, setzt die Buchführungspflicht im zweitfolgenden Geschäftsjahr ein.

• Die Buchführungsverpflichtungen gelten nicht für Freiberufler, und zwar auch dann nicht, wenn sie ihre Tätigkeit im Rahmen einer eingetragenen Personengesellschaft oder als eingetragener Unternehmer ausüben.

• Zwingend buchführungspflichtig ist ab 1. Jänner 2007 aber eine GmbH & Co K(E)G ohne natürliche Person als unbeschränkt haftender Gesellschafter (bzw. auch eine O(E)G, an der nur Kapitalgesellschaften beteiligt sind), auch wenn diese nur einen freien Beruf ausübt oder grundstücksverwaltend tätig ist.

• Steuerliche Begleitmaßnahmen zum Unternehmensgesetzbuch sind noch ausständig und werden im Lauf des Jahres 2006 kommen.

17.

Gebühren nichtamtlicher Sachverständiger

In einem Verwaltungsverfahren wurde ein nichtamtlicher Sachverständiger bestellt. Dieser hat innerhalb der Frist nach § 53a AVG in Verbindung mit § 38 des Gebührenanspruchsgesetzes die Honorarnote gestellt. Diese Honorarnote enthielt jedoch ein Pauschalentgelt. Daraufhin forderte die Behörde den Sachverständigen zu einer Detaillierung seiner Honorarnote auf. Dieser Aufforderung wurde vom Sachverständigen nachgekommen. Die Aufschlüsselung sowie das Honorarangebot und der Auftragsbescheid der Behörde wurden der Partei zur Stellungnahme übermittelt. Die Partei bemängelte jedoch, dass die detaillierte Abrechnung und eine Aufgliederung der Sachverständigengebühr nicht innerhalb der Frist nach § 53a AVG i. V. m. § 38 des Gebührenanspruchsgesetzes vorgenommen worden sei. Somit sei der Anspruch des Sachverständigen erloschen.

Nach Erschöpfung des Instanzenzuges wurde Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben. Dieser hat erwogen: Nach § 53a Abs. 1 AVG haben nichtamtliche Sachverständige für ihre Tätigkeit im Verfahren Anspruch auf Gebühren nach den §§ 24 bis 37 und 53 bis 51 des Gebührenanspruchsgesetzes 1975. Die Gebühr ist gemäß § 38 des Gebührenanspruchsgesetzes bei der Behörde geltend zu machen, die den Sachverständigen herangezogen hat.

Nach § 53a Abs. 2 AVG ist die Gebühr von der Behörde, die den Sachverständigen herangezogen hat, zu bestimmen.

Nach § 38 des Gebührenanspruchsgesetzes, der nach § 53a Abs. 1 AVG anzuwenden ist, ist der Gebühren-

anspruch vom Sachverständigen binnen 14 Tagen nach Abschluss seiner Tätigkeit dem Grunde und der Höhe nach schriftlich oder mündlich unter Aufgliederung der einzelnen Gebührenbestandteile geltend zu machen; die Versäumung dieser Frist führt zum Anspruchsverlust.

Erwachsen der Behörde bei einer Amtshandlung Baurauslagen, so hat dafür, sofern nach den Verwaltungsvorschriften nicht auch diese Auslagen von Amts wegen zu tragen sind, nach § 76 Abs. 1 AVG die Partei aufzukommen, die den verfahrensleitenden Antrag gestellt hat. Als Barauslagen gelten auch die Gebühren, die den Sachverständigen und Dolmetschern zustehen.

Wurde jedoch die Amtshandlung durch das Verschulden eines anderen Beteiligten verursacht, so sind die Auslagen nach § 76 Abs. 2 AVG von diesem zu tragen. Wurde die Amtshandlung von Amts wegen angeordnet, so belasten die Auslagen den Beteiligten dann, wenn sie durch sein Verschulden herbeigeführt sind.

Wenn die Einholung eines Gutachtens nach der Verfahrenslage notwendig war und kein Amtssachverständiger zur Verfügung stand, können Sachverständigenkosten gemäß § 76 AVG auf die Partei überwält werden.

Enthält die Gebührennote des Sachverständigen entgegen § 38 Abs. 1 des Gebührenanspruchsgesetzes keine Aufgliederung der einzelnen Gebührenbestandteile, stellt dies einen Mangel dar, der die geschäftsordnungsgemäße Behandlung des Gebührenantrages hindert, so dass ein Verbesserungsverfahren durchzuführen ist. Der Verlust des Gebührenanspruches tritt nicht schon dann ein, wenn der Sachverständige eine Gebührennote ohne

Aufgliederung vorlegt, sonder nur dann, wenn er trotz Aufforderung innerhalb der ihm gesetzten Frist eine solche Aufgliederung nicht vornimmt.

Im vorliegenden Fall hat der Sachverständige die Honorarnote innerhalb der Frist des § 38 Abs. 1 des Gebührenanspruchsgesetzes vorgelegt. Sie war allerdings nicht aufgeschlüsselt. Er ist aber der Aufforderung der Behörde nachgekommen.

In der aufgeschlüsselten Gebührennote hat der Sachverständige die in der Pauschalhonorarnote angeführten

Positionen unter Zuordnung an die entsprechenden Bestimmungen des Gebührenanspruchsgesetzes aufgeschlüsselt.

Aus dem Auftrag der Behörde an den Sachverständigen und aus dessen Auflistung der erforderlichen Arbeiten in seinem Honorarangebot ergibt sich, welche Arbeiten erforderlich waren.

Daher ist die Auffassung des Beschwerdeführers, der Anspruch des Sachverständigen sei erloschen, unzutreffend.

18.

Ist eine Wegdienstbarkeit eine rechtlich gesicherte Zufahrt?

Mit der Frage, ob eine „Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens mit Wirtschaftsfuhren“ eine geeignete Zufahrt im Sinn des § 5 Abs. 1 Z. 6 des Stmk. Baugesetzes darstellt, hat sich der Verwaltungsgerichtshof in seinem Erkenntnis vom 21. Juni 2005, Zl. 2003/06/0158, befasst.

Der Sachverhalt war Folgender:

Es wurde um die Erteilung einer Baubewilligung für den Neubau von acht Einfamilienwohnhäusern und acht überdachten Doppel-PKW-Abstellplätzen angesucht. Dieses Bauansuchen wurde versagt, da eine rechtlich gesicherte Zufahrt für das zur Bebauung ausersehene Grundstück nicht vorhanden sei. Dagegen wurde nach Erschöpfung des Instanzenzuges Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben. Dieser hat Folgendes erwogen:

Ob eine Zufahrtsmöglichkeit als geeignet qualifiziert ist, hängt – wie der Gesetzgeber zum Ausdruck bringt – von dem beabsichtigten Verwendungszweck ab, ob also etwa ein Einfamilienhaus oder ein Hotel errichtet werden soll. Nach dem Gesetzestext wird nur ein geeigneter Anschluss an das öffentliche Wegenetz gefordert, auch ein Servitutweg ist daher als ausreichend anzusehen.

Nach der bei den Verwaltungsakten befindlichen Kopie des Kaufvertrags vom 13. November 1913 wurde für eine Parzelle die Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens mit Wirtschaftsfuhren eingeräumt. Diese Wegdienstbarkeit wurde grundbücherlich eingetragen.

Die Behauptungen des Beschwerdeführers gehen dahin, darüber hinaus eine Wegdienstbarkeit des Gehens und Fahrens mit Fahrzeugen aller Art über den bestehenden Servitutsweg zugunsten der gesamten Liegenschaft ersessen zu haben. Daher war die Frage zu prüfen, ob für den Fall, dass der vom Beschwerdeführer behauptete Sachverhalt erwiesen wäre, von einer für den Verwendungszweck geeigneten und rechtlich gesicherten Zufahrt ausgegangen werden könnte. Die Behörden haben dies im vorliegenden Verfahren zutreffend verneint. Selbst wenn die Partei die Wegdienstbarkeit im behaupteten Umfang, also nicht nur beschränkt auf Wirtschaftsfuhren für die gesamte Liegenschaft ersessen hat, ist damit noch nicht gesagt, dass eine derartige Ausweitung der Wegdienstbarkeit auch für die beabsichtigte Errichtung von acht Reihenhäusern auf dem in Rede stehenden herrschenden Grundstück gelten soll.

Daher haben die Behörden zu Recht festgestellt, dass keine gesicherte Zufahrt zu den geplanten Einfamilienhäusern bestehe.

19.

Revision des Verbraucherpreisindex und des Harmonisierten Verbraucherpreisindex 2005

Die Fertigstellung des Projekts Verbraucherpreisindex/Harmonisierter Verbraucherpreisindex erfolgte planmäßig im Februar 2006.

Hier ein Überblick der Revisionsarbeiten.

1. Ziele der Revision:

Im Jahr 2005 wurden von Statistik Austria der Warenkorb der beiden Verbraucherpreisindizes VPI (nationaler Index) und HVPI (harmonisierter Index) und deren Gewichtung überarbeitet und neu erstellt. Grundlage für die Gewichtungsstruktur sind die Daten des privaten Konsums aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 2004 und die von September 2004 bis September 2005 durchgeführte Konsumerhebung. Derartige Revisionen haben früher alle zehn Jahre stattgefunden und müssen heute laut EU-Verordnung (Council Regulation (EC) No. 2494/95 of 23. October 1995 concerning harmonized indices of consumer prices.) in 5-Jahres-Intervallen erfolgen. Das Ziel ist es, den Warenkorb repräsentativ für das aktuelle Konsumverhalten der privaten Haushalte zu gestalten.

2. Auswahl der Waren und Dienstleistungen für den Warenkorb

Verbrauchsschema als Grundlage

Voraussetzung für die Berechnung von Verbraucherpreisindizes ist die Zugrundelegung des Verbrauchsschemas der Haushalte, welches als Warenkorb bezeichnet wird, und die Festlegung der Ausgabenanteile an den Gesamtausgaben, welche als Gewichtung dienen.

Repräsentative Auswahl der Waren und Dienstleistungen

Bei der Zusammensetzung des Warenkorbes ist die repräsentative Auswahl der Güter und Dienstleistungen die wichtigste Voraussetzung für einen guten Index. Die Qualität eines VPI hängt aber nicht nur von der Quantität der Positionen, die im Warenkorb enthalten sind ab, sondern auch davon, wie gut die ausgewählten Preisbeobachtungen die übrigen Waren bzw. Dienstleistungen innerhalb einer Ausgabengruppe mitrepräsentieren.

Ersetzungen von Waren und Dienstleistungen

Grundstock bildeten die 812 Waren und Dienstleistungen des Warenkorbs 2000. Einerseits wurden vorhandene Produkte durch neue, repräsentativere ersetzt, wenn diese einen ähnlichen Konsumzweck abbilden.

Für diese Ersetzungen fanden im Dezember 2004 Doppelerhebungen statt, wo für insgesamt 90 Warenkorbpositionen eine neue Warenbeschreibung implementiert wurde.

Neuaufnahmen von 61 Waren und Dienstleistungen

Andererseits wurden Waren und Dienstleistungen als neue Positionen aufgenommen, wenn diese einen neuen oder zusätzlichen Konsumzweck abbildeten. Insgesamt wurden im Jänner 2005 die Preise von 61 neuen Waren und Dienstleistungen erfasst.

Frühe Erkenntnisse aus der Konsumerhebung

Mitte des Jahres 2005 wurde mit ersten Zwischendaten der Konsumerhebung und den endgültigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 2004 der Warenkorb einer nochmaligen Überprüfung unterzogen. Dies führte zu einer weiteren Überarbeitung von zehn Warenbeschreibungen bei den Regionalwaren und der Aufnahme von vier zusätzlichen Produkten. Gleichzeitig wurden 117 Warenkorbpositionen aus dem Warenkorb entfernt.

3. Methodische Änderungen

Die ursprünglichen 65 Positionen wurden auf zwei Warenkorbpositionen reduziert, wobei sich die Anzahl der monatlich zu erhebenden Preise nicht verändert hat.

Einführung des Geometrischen Mittelwertes

Die Berechnung der durchschnittlichen Preisveränderung pro Indexposition, also die Mittelung der einzelnen Preismeldungen mit dem geometrischen Mittelwert erfolgt. Hier wurde einem internationalen Standard Rechnung getragen.

Erhebungsänderungen bei technischen Geräten, Hotels und in der Telekommunikation

Weiters wurde ein Großteil der Erhebung von technischen Geräten und bei Hotels von der regionalen in die zentrale Preiserhebung verschoben.

Nunmehr werden die Stundensätze getrennt erhoben und zusätzlich die Kosten für verschiedene Serviceleistungen und Materialien ermittelt.

Trennung von Waren und Dienstleistungen

Weiters wurde die Erhebung von kombinierten Gütern in einigen Bereichen getrennt. Insgesamt sind von derartigen Trennungen sieben Indexpositionen betroffen.

4. Gewichtungsschema des Warenkorbes

Hauptquellen für die Gewichtung:

Konsumerhebung

Um jede einzelne Ware und Dienstleistung entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung in der Berechnung des Preisindex zu berücksichtigen, wird sie entsprechend ihres Ausgabenanteils gewichtet. Diese Gewichtung wird in erster Linie aus einer Konsumerhebung in den privaten Haushalten gewonnen. Die letzte Konsumerhebung wurde 2004/2005 in 8.400 Haushal-

ten in Österreich durchgeführt.
und

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Weiters werden Daten über den privaten Konsum aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und aus weiteren administrativen Quellen für die Erstellung des Ausgabenschemas herangezogen. Aber auch Studien von Ministerien, Interessenvertretungen und Daten von Markt- und Meinungsforschungsinstituten fließen in die Detailgewichtung des Warenkorbes ein.

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JÄNNER 2006 (vorläufiges Ergebnis)

	Dezember 2005 (endgültig)	Jänner 2006 (vorläufig)		Dezember 2005 (endgültig)	Jänner 2006 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005 Basis: Durchschnitt 2005 = 100		100,4	Index der Verbraucherpreise 66 Basis: Durchschnitt 1966 = 100	417,8	416,9
Index der Verbraucherpreise 2000 Basis: Durchschnitt 2000 = 100	111,3	111,0	Index der Verbraucherpreise I Basis: Durchschnitt 1958 = 100	532,3	531,1
Index der Verbraucherpreise 96 Basis: Durchschnitt 1996 = 100	117,1	116,9	Index der Verbraucherpreise II Basis: Durchschnitt 1958 = 100	534,0	532,8
Index der Verbraucherpreise 86 Basis: Durchschnitt 1986 = 100	153,1	152,8	Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2006 beträgt 100,4 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Dezember 2005 um 0,1% rückläufig (Dezember 2005 gegenüber November 2005: +0,4%). Gegenüber Jänner 2005 ergibt sich eine Steigerung um 1,2% (Dezember 2005/2004: +1,6%).		
Index der Verbraucherpreise 76 Basis: Durchschnitt 1976 = 100	238,1	237,5			

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck